

Lernmittelfreiheit in Nordrhein-Westfalen konsequent sichern – Familien entlasten, Chancengleichheit stärken und Schulen verlässlich ausstatten

Drucksache 18/20417 · eingebracht 2026-07-07 – Antragsteller:

SPD

Bildung

Digitalisierung

Soziale Gerechtigkeit

ZUSAMMENFASSUNG

Der Antrag fordert die konsequente Umsetzung der Lernmittelfreiheit im digitalen Zeitalter durch Abschaffung des Eigenanteils, landesweite Kostenerhebung, staatliche Übernahme digitaler Endgeräte und Klassenfahrten sowie internationale Orientierung an finnischem Modell.

KERNFORDERUNGEN

- Abschaffung des Eltern-Eigenanteils
- Landesweite Erhebung aller Schulbesuchskosten
- Digitale Endgeräte als öffentliche Infrastruktur
- Klassenfahrten ohne finanzielle Ausschlusskriterien
- Auswertung internationaler Modelle (Finnland)

BEWERTUNG

9.0/10

GEMEINWOHL-SCORE

Uneingeschränkt unterstützen

Der Antrag stärkt systematisch die soziale Gerechtigkeit (D4) durch Abschaffung des Eigenanteils und Ausweitung der Lernmittelfreiheit auf digitale Infrastruktur und Klassenfahrten. Er fördert Transparenz & Mitbestimmung (D5) durch landesweite Kostenerhebung und Veröffentlichung. Die Menschenwürde (D1) wird geschützt, indem Bildungszugang nicht vom Einkommen abhängt. Ökologische Nachhaltigkeit (D3) bleibt unberührt, Solidarität (D2) wird durch kollektive Finanzierung gestärkt.

STÄRKEN & SCHWÄCHEN

Stärken

- Klare Verbindung von Digitalisierung und sozialer Gerechtigkeit
- Systematische Transparenzforderung durch Kostenerhebung
- Internationale Vergleichsperspektive (Finnland)
- Konsequente Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Bildung

Schwächen

- Keine konkrete Finanzierungsquelle genannt
- Keine klare Zuständigkeitszuweisung zwischen Land, Kommunen und Schulträgern

GWÖ-MATRIX 5×5

	WÜRDE	SOLIDARITÄT	NACHHALTIG-KEIT	GERECH-TIGKEIT	TRANSPARENZ
A • LIEFERANT:-INNEN	.	.	.	.	.
B • FINANZEN	.	.	.	.	.
C • VERWALTUNG	.	.	.	.	.
D • BÜRGER:INNEN	++	++	.	++	++
E • GESELLSCHAFT & NATUR	.	.	.	.	.

++ stark fördernd + fördernd o neutral - widersprechend -- stark widersprechend

SCHWERPUNKTE ERKLÄRT

Die wichtigsten positiv und negativ wirkenden Bewertungsfelder mit der jeweiligen Begründung.

D1 Menschenwürde: Zugang zu Bildung unabhängig von Einkommen Bewertung: +5

Abschaffung des Eigenanteils, digitale Teilhabe als Grundvoraussetzung

D4 Soziale öffentliche Leistung: Vollständige Übernahme schulischer Kosten Bewertung: +5

Klassenfahrten, digitale Geräte, Software, Exkursionen als öffentliche Aufgabe

D2 Solidarität: Gemeinsame Finanzierung schulischer Grundausrüstung Bewertung: +4

Übernahme aller relevanten Kosten durch öffentliche Hand

D5 Transparenz & Mitbestimmung: Systematische Kostenerhebung und Veröffentlichung

Bewertung: +4

Landesweite Datenerhebung, regelmäßige Berichterstattung, Transparenz über Belastungen

SPD

ANTRAGSTELLER:IN

WAHLPROGRAMM

10/10

Der Antrag ist eine direkte Umsetzung der SPD-Kernforderungen nach gebührenfreier Bildungskette, Chancengleichheit, sozialer Gerechtigkeit und digitaler Teilhabe. Er konkretisiert das Versprechen, Bildung unabhängig von Herkunft zugänglich zu machen.

„UNSER LAND VON MORGEN – REGIERUNGSPROGRAMM DER NRWSPD ZUR LANDTAGSWAHL 2022 27
Zukunft gesellschaftliche Teilhabe und ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen.“

SPD NRW Wahlprogramm 2022, S. 29

„Die gegenwärtigen ... finanziellen Belastungen von Studierenden entstehen nämlich nicht allein durch die Semesterbeiträge. Insbesondere die Kosten für notwendige (digitale) Ausstattung und die steigenden Lebenshaltungskosten in den Universitätsstädten führen zu wachsenden finanziellen Unsicherheiten bei Studierenden.“

SPD NRW Wahlprogramm 2022, S. 31

PARTEIPROGRAMM

9/10

Stimmt mit dem Hamburger Programm überein: 'Jeder Mensch hat den gleichen Zugang zu Bildung' (S. 62), 'Bildung stärkt die Persönlichkeit und befähigt zur Toleranz', und 'Wir wollen Freude am Lernen vermitteln'. Der Fokus auf digitale Teilhabe als Grundvoraussetzung entspricht der modernen Interpretation von Bildungsgerechtigkeit.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

CDU**WAHLPROGRAMM**

6/10

Teilweise konsistent: CDU betont 'Bildung als Schlüssel für Aufstieg' und fördert digitale Endgeräte (S. 67), aber lehnt gesetzliche Tariftreue ab und setzt auf 'Vertragsfreiheit'. Der Antrag fordert jedoch eine starke staatliche Steuerung und Entlastung — was mit CDUs Prinzipien der 'Verantwortung vor Staat' und 'Leistungsprinzip' kollidiert.

„Wir werden den Schulunterricht durch digitale Lernmethoden ergänzen, nicht ersetzen. Digital alleine reicht nicht.“

CDU NRW Wahlprogramm 2022, S. 67

PARTEIPROGRAMM

7/10

CDU Grundsatzprogramm 2024 betont 'solide Finanzen' (S. 46) und 'Investitionen in Bildung', aber auch 'Subsidiarität' und 'Eigentumsschutz'. Der Antrag widerspricht nicht direkt, bleibt aber im Spannungsfeld zwischen staatlicher Verantwortung und individueller Eigenverantwortung.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

GRÜNE

WAHLPROGRAMM

10/10

Vollständige Übereinstimmung: Grüne fordern 'Bildung darf nichts kosten', 'Inklusive Schulen', 'digitale Teilhabe als Selbstverständlichkeit' (S. 61) und 'soziale Unterschiede verringern' (Grundsatzprogramm S. 95). Der Antrag spiegelt exakt ihre Priorisierung von Bildungsgerechtigkeit und digitaler Demokratie wider.

„Wir sorgen dafür, dass informatische Grundlagen allen zugänglich werden und das Lernen mit digitalen Medien in allen Schulen in NRW funktionieren kann und zur Selbstverständlichkeit im Schulalltag wird.“

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN NRW Wahlprogramm 2022, S. 61

PARTEIPROGRAMM

10/10

Das Grundsatzprogramm 2020 verankert 'gleiche Bildungschancen' (S. 92), 'soziale Unterschiede verringern' (S. 95) und 'digitales Lernen als Stärkung des individualisierten und inklusiven Unterrichts' — alles Kernpunkte des Antrags.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

FDP

WAHLPROGRAMM

3/10

Fundamentaler Widerspruch: FDP setzt auf 'Eigenverantwortung vor Staatsverantwortung', 'Marktwirtschaft', 'gegen Bevormundung' und lehnt 'Verbote' ab. Der Antrag fordert umfassende staatliche Übernahme von Kosten — was FDPs Leitidee der 'Freiheit' und 'Entlastung' diametral widerspricht.

Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM

2/10

FDP-Grundsatzprogramm 2012 sieht 'individuelle Freiheit als höchsten Wert' und 'Eigenverantwortung vor Staatsverantwortung'. Der Antrag stellt staatliche Verpflichtung über individuelle Entscheidung — ein klarer Widerspruch zu Kernpositionen.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

AfD

WAHLPROGRAMM

1/10

Vollständiger Widerspruch: AfD lehnt 'Klimaideologie' und 'Gendersprache', setzt auf 'Leistungsprinzip' und 'Disziplin', nicht auf soziale Umverteilung. Der Antrag zielt auf strukturelle Entlastung benachteiligter Familien — was AfDs Position 'gegen Subventionen' und 'für nationale Souveränität statt Sozialstaat' untergräbt.

Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM

0/10

Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

VERBESSERUNGSVORSCHLÄGE

Vorschlag 1 von 3

Original: eine landesweite, systematische und regelmäßig aktualisierte Erhebung der tatsächlichen Kosten des Schulbesuchs in Nordrhein-Westfalen durchzuführen.

eine landesweite, systematische und regelmäßig aktualisierte Erhebung der tatsächlichen Kosten des Schulbesuchs in Nordrhein-Westfalen durchzuführen, mit Beteiligung von Schüler:innen, Eltern und Lehrkräften sowie transparenter Methodik.

Begründung: Stärkt Transparenz & Mitbestimmung (D5) durch partizipative Datenerhebung und erhöht Legitimität der Ergebnisse.

Vorschlag 2 von 3

Original: den Zugang zu digitalen Endgeräten als Bestandteil der öffentlichen Bildungsinfrastruktur abzusichern.

den Zugang zu digitalen Endgeräten als Bestandteil der öffentlichen Bildungsinfrastruktur abzusichern, unter Berücksichtigung von Reparaturfähigkeit, langlebiger Software-Unterstützung und Open-Source-Präferenz.

Begründung: Stärkt Ökologische Nachhaltigkeit (D3) durch Kreislauforientierung und Unabhängigkeit von kommerziellen Plattformen.

Vorschlag 3 von 3

Original: ein Konzept zu entwickeln, wie die Teilnahme an Klassenfahrten unabhängig von der finanziellen Leistungsfähigkeit der Eltern sichergestellt werden kann, um Ausschlüsse zu vermeiden.

ein Konzept zu entwickeln, wie die Teilnahme an Klassenfahrten unabhängig von der finanziellen Leistungsfähigkeit der Eltern sichergestellt werden kann, mit einer landesweiten Pauschalregelung für vollständige Kostenübernahme bei Bedürftigkeit und automatischer Zuweisung ohne bürokratischen Aufwand.

Begründung: Stärkt Soziale Gerechtigkeit (D4) durch niedrighschwellige, diskriminierungsfreie Zugänglichkeit.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS

Mehrheit gegen GWÖ-Empfehlung — Empfohlen: Uneingeschränkt unterstützen; Beschluss: Abgelehnt.

Abgelehnt · MMP18-127

Ja: **SPD** Nein: **AfD** **CDU** **FDP** **GRÜNE** 

 Heuchelei (Nein trotz Wahlprogramm-Match $\geq 7/10$)

Original-Antrag

Drucksache 18/20417

Lernmittelfreiheit in Nordrhein-Westfalen konsequent sichern · Familien ·

Die folgenden Seiten enthalten den unveränderten Originalantrag.

07.07.2026

Antrag

der Fraktion der SPD

Lernmittelfreiheit in Nordrhein-Westfalen konsequent sichern – Familien entlasten, Chancengleichheit stärken und Schulen verlässlich ausstatten

I. Ausgangslage

Die Lernmittelfreiheit ist in Nordrhein-Westfalen im Schulgesetz (§ 96 SchulG NRW) verankert.¹ Sie verpflichtet das Land dazu, Schülerinnen und Schüler grundsätzlich unentgeltlich mit Lernmitteln auszustatten und begrenzt die finanzielle Beteiligung der Eltern auf einen gesetzlich festgelegten Eigenanteil. Damit soll sichergestellt werden, dass Bildung unabhängig von der finanziellen Leistungsfähigkeit der Familien zugänglich ist.

In der schulischen Realität im Jahr 2026 zeigt sich jedoch, dass dieser Anspruch nur noch teilweise eingelöst wird. Der Schulbesuch verursacht für Familien regelmäßig erhebliche zusätzliche Kosten, die über die im Gesetz vorgesehene Lernmittelversorgung hinausgehen. Dazu zählen insbesondere Arbeitshefte, Kopierkosten, verpflichtende Materialien, Sport- und Ausstattungserfordernisse sowie zunehmend digitale Endgeräte, Softwarelizenzen und Zugänge zu digitalen Lernplattformen. Im Leben eines Schulkindes kommen jedoch noch weitere Kosten hinzu: Klassenfahrten, Exkursionen und sonstige schulische Pflichtveranstaltungen, die in vielen Fällen verpflichtender Bestandteil der schulischen Bildung sind, bedeuten für viele Familien eine erhebliche zusätzliche finanzielle Belastung.

Gerade die Digitalisierung des Unterrichts hat die Kostenstruktur im Bildungswesen grundlegend verändert. Digitale Endgeräte und Anwendungen sind in vielen Schulen faktisch Voraussetzung für die Teilnahme am Unterricht. Dennoch werden diese Kosten nicht überall vollständig durch öffentliche Träger übernommen, sondern teilweise auf Eltern übertragen. Dadurch entstehen je nach Schule, Schulform und Kommune erhebliche Unterschiede in der finanziellen Belastung.

Im internationalen Vergleich zeigt sich beispielsweise in Ländern wie Finnland, dass digitale Endgeräte, Lernmaterialien und schulische Grundausstattung umfassender und stärker staatlich getragen bereitgestellt werden, wodurch eine deutlich konsequentere Umsetzung von Bildungsgerechtigkeit erreicht wird. Dieses Modell verdeutlicht, dass eine weiter gefasste Definition von Lernmittelfreiheit möglich und bereits in anderen Bildungssystemen erfolgreich umgesetzt ist.²

¹ Vgl.: <https://recht.nrw.de/lrgv/rechtsverordnung/01072020-verordnung-ueber-die-durchschnittsbe-traege-und-den-eigenanteil-nach/>

² Vgl.: <https://finland.fi/de/leben-amp-gesellschaft/erstklassige-ausbildung-zum-nulltarif/>

Zugleich fehlt es in Nordrhein-Westfalen weiterhin an einer systematischen und landesweiten Erhebung der tatsächlichen Kosten des Schulbesuchs. Es existiert keine belastbare Datengrundlage darüber, welche finanziellen Aufwendungen Familien tatsächlich über die gesetzlich geregelten Lernmittel hinaus tragen müssen. Diese Transparenzlücke erschwert eine zielgerichtete und gerechte Bildungspolitik.

Die Folge ist, dass Bildungskosten faktisch ungleich verteilt werden. Familien mit geringem Einkommen sind überdurchschnittlich belastet und können zusätzliche Ausgaben für den Schulbesuch deutlich schwerer auffangen. Damit entsteht eine soziale Schieflage, die dem Anspruch auf gleiche Bildungschancen widerspricht. Vor diesem Hintergrund wird zunehmend deutlich, dass die derzeitige rechtliche und politische Ausgestaltung der Lernmittelfreiheit den heutigen realen Kostenstrukturen des Schulalltags nur noch eingeschränkt entspricht und insbesondere digitale sowie schulische Zusatzkosten nur unzureichend abdeckt.

II. Der Landtag stellt fest, dass

- Familien regelmäßig zusätzliche Kosten für den Schulbesuch ihrer Kinder tragen müssen.
- insbesondere digitale Endgeräte, Software und digitale Lernmittel zunehmend faktische Voraussetzung für Unterrichtsteilnahme sind.
- die Kostenbelastung je nach Schule, Schulform und Kommune erheblich variiert.
- keine landesweite und systematische Erhebung der tatsächlichen Schulbesuchskosten erfolgt.
- dadurch eine erhebliche Transparenzlücke im Bildungssystem besteht.
- soziale Herkunft weiterhin einen maßgeblichen Einfluss auf Bildungschancen hat.
- verdeckte Bildungskosten bestehende Ungleichheiten im Bildungssystem verstärken können.
- die bestehende Ausgestaltung der Lernmittelfreiheit den Anforderungen eines digitalisierten Bildungssystems nicht mehr vollständig entspricht.
- digitale Teilhabe zunehmend eine Grundvoraussetzung für Bildungserfolg darstellt.
- im internationalen Vergleich Länder wie Finnland eine deutlich umfassendere staatliche Finanzierung von Lernmitteln und digitaler Ausstattung vorsehen, wodurch der Zugang zu Bildung stärker unabhängig von der finanziellen Situation der Eltern organisiert wird.
- das andere Bildungssysteme, wie die des finnischen Systems, als Beispiel dafür dient, dass eine weitgehend kostenfreie schulische Grundausrüstung inklusive digitaler Infrastruktur praktisch umsetzbar ist und soziale Ungleichheit dadurch reduziert werden kann.
- insbesondere Klassenfahrten und schulische Exkursionen sich in den letzten Jahren zu einem deutlich gestiegenen Kostenfaktor entwickelt haben.

- die Finanzierung von Klassenfahrten in der Praxis zunehmend zu einer sozialen Belastungsfrage wird, da die Teilnahme zwar pädagogisch vorgesehen ist, die Kosten jedoch nicht in allen Fällen vollständig durch öffentliche Mittel oder Unterstützungsleistungen gedeckt sind.

III. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

- in einem ersten Schritt den sogenannten Eigenanteil, den Eltern regelmäßig aufbringen müssen und der ohnehin nicht den Großteil der tatsächlichen Kosten für Lernmittel deckt, vollständig zur Entlastung von Familien abzuschaffen.
- eine landesweite, systematische und regelmäßig aktualisierte Erhebung der tatsächlichen Kosten des Schulbesuchs in Nordrhein-Westfalen durchzuführen.
- sämtliche relevanten Kostenarten (analoge Lernmittel, digitale Endgeräte, Softwarelizenzen, verpflichtende Materialien, Klassenfahrten und weitere schulbezogene Ausgaben) in eine solche Kostenerhebung einzubeziehen.
- die Ergebnisse dieser Erhebung transparent zu veröffentlichen und regelmäßig fortzuschreiben.
- eine vollständige und realistische Übersicht über die tatsächliche finanzielle Belastung von Familien im Bildungssystem vorzulegen.
- auf dieser Basis ein Konzept zur Weiterentwicklung der Lernmittelfreiheit im digitalen Zeitalter zu erarbeiten und auf Grundlage dieses Konzeptes die weiteren Kosten für Lernmittel, die Familien jedes Jahr entstehen, zu übernehmen.
- sicherzustellen, dass digitale Bildung nicht vom Einkommen der Eltern abhängig ist.
- den Zugang zu digitalen Endgeräten als Bestandteil der öffentlichen Bildungsinfrastruktur abzusichern.
- Kommunen und Schulträger bei der einheitlichen und sozial gerechten Ausstattung der Schulen stärker zu unterstützen.
- landesweite Mindeststandards für digitale und analoge Lernmittelausstattung zu prüfen.
- bestehende Unterstützungsangebote für Familien mit geringem Einkommen auszubauen und niedrigschwelliger zugänglich zu machen.
- regelmäßig über die Entwicklung der tatsächlichen Bildungskosten sowie deren soziale Auswirkungen zu berichten.

- im Rahmen der Weiterentwicklung der Lernmittelfreiheit internationale Vergleichsmo-
delle, insbesondere das finnische Bildungssystem, systematisch auszuwerten und auf
Übertragbarkeit auf Nordrhein-Westfalen zu prüfen.
- ein Konzept zu entwickeln, wie die Teilnahme an Klassenfahrten unabhängig von der
finanziellen Leistungsfähigkeit der Eltern sichergestellt werden kann, um Ausschlüsse
zu vermeiden.

Jochen Ott
Ina Blumenthal
Dr. Dennis Maelzer
Dilek Engin

und Fraktion